

Wenig Zündstoff vor der Sommerpause

Im Zentrum des Juni-Landtags steht der Rechenschaftsbericht 2025. Hitzig könnte es höchstens bei der Debatte um das Schulamt werden.

Die Traktandenliste vor der Sommerpause ist mit 35 Punkten nicht übermässig lang, aber sie hat es in sich. Rein quantitativ dominiert traditionell der Rechenschaftsbericht der Regierung den Juni-Landtag. Es ist quasi der Jahresbericht der Landesverwaltung und der Gerichte, der auch die Landesrechnung enthält. Alles, was 2025 war, kommt nochmals auf den Tisch, was die Abgeordneten erfahrungsgemäss zu allen möglichen und unmöglichen Fragen anregt. Abgerundet wird das Traktandum vom Fazit der Geschäftsprüfungskommission. Neben dem Rechenschaftsbericht stehen zudem die Geschäftsberichte staatsnaher Betriebe wie der Landesbank, des Landesspitals und der AHV-IV-FAK-Anstalten zur Debatte, wobei die beiden Letzteren Diskussionspotenzial bergen. Auch finanzpolitische Entscheidungen stehen an. Die Regierung beantragt einen Ergänzungskredit von 2,6 Millionen Franken für den Neubau des Schulzentrums Unterland II in Ruggell. Grund ist die teure Ent-

sorgung von mit Neophyten belastetem Aushubmaterial. Zudem legt das Parlament den Staatsbeitrag an die Krankenkassen für das Jahr 2027 fest. Die Regierung schlägt vor, den Beitrag unverändert bei 38 Millionen Franken zu belassen. Damit soll Stabilität gewährleistet werden, während im Hintergrund an einer einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen gearbeitet wird. Zunächst wird sich der Landtag am Mittwoch aber den parlamentarischen Vorstössen widmen. Eine Initiative der DpL fordert mehr Transparenz bei der Parteifinanzierung. Spenden ab 10 000 Franken sollen zwingend offengelegt werden müssen. Eine Mehrheit im Landtag scheint angesichts verschiedener Bekenntnisse in der jüngeren Vergangenheit gesetzt. Ebenfalls am Mittwoch entscheidet der Landtag über die Zulässigkeit der Volksinitiative «Fristenlösung für Liechtenstein». Eine inhaltliche Debatte ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgesehen.

Dennoch dürften die Voten bezüglich Verfassungsmässigkeit bereits einen Vorgeschmack darauf geben, wie sich der Landtag zur Volksinitiative stellt.

Startschuss für Initiative zur Fristenlösung
Traktandum 5

Ein Initiativkomitee fordert die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur zwölften Woche sowie die Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Die Regierung hat pflichtgemäss das Begehren vorgeprüft und kommt zum Schluss, dass die Initiative sowohl mit der Verfassung als auch mit bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt. Nun muss der Landtag über die formelle Zulässigkeit entscheiden. Bestätigt er diese, kann die Unterschriftensammlung beginnen.

Prognose
Nach einer kurzen philosophischen Biologiedebatte über die Frage, wann Leben beginnt, gibt eine Mehrheit grünes Licht.

Sofern die Initianten innerhalb von sechs Wochen 1000 Unterschriften sammeln können, wird aber ohnehin das Volk an der Urne über die Initiative entscheiden.

Wird das Schulamt extern durchleuchtet?
Traktandum 8

Zehn Abgeordnete von DpL und VU fordern mit einem Postulat eine unabhängige externe Evaluation der Strukturen, Aufgaben und Abläufe beim Schulamt. Hintergrund sind jahrelange Versäumnisse und die jüngsten Turbulenzen. Bildungsminister Daniel Oehry hält eine externe Evaluation zum jetzigen Zeitpunkt jedoch für kontraproduktiv, da das Amt sich nach dem Führungswechsel derzeit mitten in einem strukturellen Veränderungsprozess befindet.

Prognose
Die Bemühungen kommen zu spät. Das Postulat findet eine Mehrheit – auch weil die Regierung dann einen Bericht vorlegen muss.

scheiden. Das letzte Wort hat dann Erbprinz Alois.

Im Landtag dürfte es hingegen am Mittwoch hitzig werden, wenn das kriselnde Schulamt zur Debatte steht. Zehn Abgeordnete von DpL und VU fordern eine externe Evaluation der Strukturen und Abläufe der Behörde – angesichts der jüngsten Turbulenzen eine gemähte Wiese.

Wie viel gibt es an die Krankenkassenprämien?
Traktandum 15

Die Regierung beantragt, für 2027 den Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung auf dem bisherigen Niveau von 38 Millionen Franken zu belassen. Obwohl die Gesundheitskosten und damit auch die Krankenkassenprämien weiter steigen, erachtet die Regierung dies als sachgerecht und verweist auf anstehende Reformen. Bislang hat keine Fraktion einen Erhöhungsantrag angekündigt, wobei zumindest die Freie Liste traditionell einen höheren OKP-Beitrag beantragt.

Prognose
Sofern jemand einen moderaten Erhöhungsantrag stellt, wird der Landtag angesichts der prall gefüllten Staatskasse zustimmen.

Debatte steht. Zehn Abgeordnete von DpL und VU fordern eine externe Evaluation der Strukturen und Abläufe der Behörde – angesichts der jüngsten Turbulenzen eine gemähte Wiese.

Bildungsminister Daniel Oehry hält dagegen und macht die Abstimmung auch zu einer Vertrauensfrage: Im Interview mit dem «Vaterland» versichert er, dass das Bildungsministerium das Ruder herumgerissen habe und aktuell ein Veränderungsprozess beim Schulamt im Gange sei. Entsprechend käme eine externe Evaluation zur Unzeit.

Wirtschaftspolitische Akzente setzt die FBP-Fraktion mit einem Postulat zur Aktualisierung der Standortstrategie. Diese basiere auf veralteten Annahmen und bilde die heutige wirtschaftliche Realität unzureichend ab.

Abgerundet wird das Programm durch ein Postulat der Freien Liste zur Schliessung von Lücken im Sozialversicherungssystem, etwa bei unbezahlter Care-Arbeit.

David Sele